



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Resettlement - Für eine neue Flüchtlingspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

1.)

Der Landtag begrüßt die Aufnahme irakischer Flüchtlinge im Rahmen des „Resettlement-Programms“ des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR).

2.)

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass in Zukunft regelmäßig Flüchtlinge im „Resettlement-Verfahren“ aufgenommen werden. Dabei sollen folgende Bedingungen berücksichtigt werden:

- Schutzbedürftigkeit soll das einzige Auswahlkriterium sein,
- das Resettlement Programm soll zusätzlich zur normalen Asylpolitik erfolgen und diese nicht ersetzen,
- den Flüchtlingen sollen dauerhafte Lebensperspektiven in Deutschland ermöglicht werden,
- es muss eine Regelung über die finanzielle Förderungen der Kommunen durch das Land, den Bund oder die EU erstellt werden.

3.)

Es soll angestrebt werden, dass Deutschland in einer ersten Phase jährlich mindestens 20.000 Flüchtlinge jährlich aufnimmt. Das entspricht ca. 700 Flüchtlingen für Schleswig-Holstein oder 50 Flüchtlinge durchschnittlich pro Kreis oder kreisfreie Stadt.

4.)

Der Innenminister wird aufgefordert, mit dem Netzwerk Safe Haven und den Kommunen gemeinsam zu beraten, wie die Aufnahme der Flüchtlinge von Anfang an so gestaltet werden kann, dass die schnelle Integration der Flüchtlinge in den Kreisen und Städten sichergestellt wird. Dem Innen- und Rechtsausschuss ist über die Ergebnisse der Beratung zu berichten.

Begründung:

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) versucht weltweit Länder zur freiwilligen Übernahme von Flüchtlingen zu motivieren. Verschiedene Länder haben bereits Kontingente übernommen. Während die Flüchtlingsströme weltweit steigen, sind die Flüchtlingszahlen in der Festung Europa so niedrig wie noch nie.

Angesichts des dramatischen Rückgangs der Flüchtlingszahlen in Deutschland bei zugleich erschütternden Schicksalen vieler tausender Flüchtlinge im Mittelmeerraum und anderswo erscheint es dringend geboten, einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik vorzunehmen.

Die UNHCR Berlin hat im Januar 2008 der Bundesrepublik Deutschland einen Konzeptvorschlag für ein Neuansiedlungsprogramm zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten - das sog. Resettlement – vorgelegt. UNHCR wirbt damit für ein deutsches Resettlement-Programm als Instrument des individuellen Flüchtlingsschutzes und dauerhafte Lösung für bestimmte Flüchtlingskontingente.

Mittlerweile hat der Rat der Europäischen Union seine Mitgliedsstaaten aufgefordert, besonders schutzbedürftige irakische Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufzunehmen.

Auf der Innenministerkonferenz am 21.11.2008 wurde vereinbart, dass Deutschland 2.500 Flüchtlinge aufnehmen wird. Eine entsprechende Anordnung des Bundesministeriums gemäß § 23 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes zur Aufnahme bestimmter Flüchtlinge aus dem Irak liegt vor.

Die ersten 120 von insgesamt 2500 Flüchtlingen aus dem Irak sind in Deutschland angekommen und befinden sich zurzeit im Durchgangslager Friedland südlich von Göttingen, von wo aus sie auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden. Es ist davon auszugehen, dass Schleswig-Holstein ca. 80 Flüchtlinge aufnehmen wird.

Seit einigen Monaten organisieren Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingshilforganisationen bundesweit eine Kampagne, die den Vorschlag der UNHCR unterstützen, ein Resettlement-Programm wie in den USA, Kanada oder den Niederlanden auch für die Bundesrepublik Deutschland aufzulegen. Mehrere Kommunen wie z.B. München, Frankfurt, Aachen, Dresden, Berlin und auch Kiel haben sich dieser Kampagne angeschlossen.

Im Netzwerk SAFE HAVEN haben sich unter anderem der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, die Freien Wohlfahrtsverbände, der schleswig-holsteinische Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche, die Kieler Bildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen (ZBBS), das Behandlungszentrum für Folteropfer Refugio, und zahlreiche interessierte Einzelpersonen zusammengetan.

Ziel des für weitere Interessierte offenen Netzwerkes ist eine Kampagne für die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen aus Erstaufnahmeländern und ihre Neuansiedlung (Resettlement) in Schleswig-Holstein. SAFE HAVEN unterstützt dabei die vom UNHCR gegenüber der Bundesregierung erhobene Forderung nach einer verstärkten Bereitschaft zur humanitären Flüchtlingsaufnahme. Innenminister Lothar Hay hatte sich ebenfalls unlängst für ein größeres Engagement Deutschlands bei der Auf-

nahme von Flüchtlingen ausgesprochen.

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion